nerBank
und Reserven
illionen
Calwstatt
Filiale

Verkauf
ingen am
orgens 8 Uhr ab
Ochsen" in Höfen
n Transport
Vieh,
ter Kälberkühe
Kalbinnen,
aufsliebhaber ein.
Löwengardt

Verkauf.
nächsten
25. ds. Mts.,
gs 8 Uhr,
wieder
n Transport
hoch-
nnen,
sowie auch
Jungvieh
nbahn in Wildbad
aber freundlichst einladet
Zürndorfer.

Verkauf
n 25. April,
gs 8 Uhr ab,
en Stallungen
asthaus z. „Löwen
er Transport
issiger, schwerer
ächtig. Kalbinnen
starker Milchkühe
stühe)
ber zum Kauf, auch Tausch
Max Löwengardt
kingen.

pierstimmen
orzheim in den nächsten Tagen
höfen. Gefl. Aufträge
s. Bl., für Höfen im Gasthof

nfeld.
erleute,
n bei höchstem Lohn
fer, Zimmermstr.

Bezugspreis: vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 13.75. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr sowie im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 18.60 m. Postbestellgeld. Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 60 ₰, bei Auskunftserteilung durch die Geschäftsstelle 45 ₰ extra. Reklame-Zeile ℳ 1.50, bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der in Fälle des Mahnverfahrens hinfällig wird.

Schluß der Anzeigen-Annahme tagsvor. Fernsprecher Nr. 4. Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 93 | Neuenbürg, Montag den 25. April 1921. | 79. Jahrgang.

Die deutsche Note über den Wiederaufbau.

WTB. **Berlin**, 23. April. In der Wiederaufbaufrage hat die deutsche Regierung folgende Note an die Reparationskommission gerichtet: Deutschland ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß es für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Friedens in der Welt unumgänglich notwendig ist, die im Kriege zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Solange das nicht geschehen ist, besteht die Gefahr, daß die Gefühle des Hasses unter den beteiligten Völkern nicht verschwinden werden. Deutschland erklärt sich deshalb nochmals auf das bestimmteste bereit, am Wiederaufbau mit allen verfügbaren Mitteln und Kräften mitzuwirken und bei der Durchführung im einzelnen jeden Wunsch der beteiligten Mächte soweit irgend möglich zu berücksichtigen.

Für die Art der Durchführung des Wiederaufbaues erlaubt sich die deutsche Regierung unter Aufrechterhaltung ihrer im Mai 1919 gemachten Angebote zusammenfassend auf folgende Möglichkeiten hinzuweisen:

I. Deutschland könnte den Wiederaufbau bestimmter Städte, Flecken oder Dörfer oder bestimmter zusammenhängender Teile des Wiederaufbaugebietes unter Uebernahme sämtlicher Kosten in eigener Regie oder durch Vermittlung eines internationalen Siedlungsunternehmens übernehmen. Bei einer derartigen Regelung würden vor allem die Erfahrungen verwertet werden, die Deutschland beim Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete Ostpreußens gemacht hat. Deutschland will im Augenblick davon absehen, diese Vorschläge weiter zu erläutern, da sein Grundgedanke bei den alliierten Regierungen bisher auf Bedenken gestoßen ist.

II. Deutschland ist ferner Willens, unabhängig zu der in Ziffer 1 vorgeschlagenen Regelung seinen Entschluß, alsbald für den Wiederaufbau der zerstörten Teile Nordfrankreichs und Belgiens alle Hilfsmittel bereit zu stellen, zu betätigen. Deutsche Gesellschaften haben beschlossen, folgende Leistungen anzubieten:

1. In den zerstörten Gebieten wären nach Maßgabe der näheren Wünsche der alliierten Regierungen Aufräumungsarbeiten und Aufforstungsarbeiten vorzunehmen.

2. Ziegeleien im Aufbaugebiete wären in Stand zu setzen oder neu zu errichten, ebenso Kalk-, Gips- und Zementwerke daselbst zu erbauen, die erforderlichen Maschinen und Geräte zu liefern um mit der Gewinnung und Verwertung der dort vorhandenen Rohmaterialien für Baustoffe beginnen zu können. Hierüber hinaus sind heimische Baustoffe und Baumaterialien aus Deutschland zu liefern.

3. Vorkehrungen sind zu treffen, daß die im Aufbaugebiet nicht vorhandenen Geräte und Maschinen für Bauzwecke aus Deutschland herbeigeführt werden können, einschließlich der Baustoffe, die für die ersten Einrichtungen erforderlich sind.

4. Sofort ist mit der Anfertigung von Behelfsbauten aller Art, mindestens von 25 000 Holzhäusern (Wohnhäusern) zu beginnen, und diese sind vor Beginn der kalten Jahreszeit aufzustellen, um die ungemein dringende Wohnungsnot in den zerstörten Gebieten vorerst zu beheben.

5. Dazu ist die Ausstattung, z. B. Möbel, Oefen, Kochherde und Kochgeschirr, zu liefern.

6. Nach dem Plane und unter der Kontrolle der französischen Behörden sind Hoch- und Tiefbauten jeder Art aufzuführen. Ob diese Bauten in eigener Regie der französischen oder der deutschen Regierung oder in gemeinschaftlichem Betrieb oder durch Privatunternehmerbetrieb oder, unter Zulassung aller freien Betriebsformen ausgeführt werden soll, wird nach dem Wunsch der alliierten Regierungen zu bestimmen sein.

III. Die deutsche Regierung ist willens, auf den Boden dieser Vorschläge zu treten. Im Einvernehmen mit den deutschen Bauarbeiterorganisationen einschließlich der Organisationen der Angestellten und Beamten versichert die deutsche Regierung, daß die Mitglieder dieser Organisationen bereit sind, beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Arbeitsleistungen mitzuwirken. Die Verständigung über alle hiernach zu erledigenden Fragen erfordert eine gewisse Zeit. Andererseits haben die Geschädigten ein großes Interesse an einem schnellen Aufbau ihrer Wohnstätten und Anlagen. Die deutsche Regierung erklärt sich deshalb bereit, sofort und bis zur Schaffung einer weiteren Regelung den Geschädigten, die ihre zerstörten Häuser und sonstigen Anlagen wieder aufgebaut haben wollen, leistungsfähige und vertrauenswürdige Unternehmer zu nennen. Mit diesen Unternehmern können die Geschädigten oder ihre Interessenvertretungen vollständige Bauprojekte mit Kostenanschlägen aufstellen. Die Geschädigten können natürlich auch ihrerseits deutsche Firmen bezeichnen, mit denen sie in Verbindung zu treten wünschen. Die deutsche Regierung ist bereit, die Gesamtkosten solcher Reparationsbauten, soweit sie in Papiermark bezahlt werden können, gegen Gutschrift auf Reparationskonto zu übernehmen, während sie die Zahlung der in ausländischer Währung entstehenden Kosten weiterer Erwägung vorbehält.

IV. Falls die alliierten Regierungen wünschen, daß die Mitwirkung der deutschen Regierung am Wiederaufbau in anderen als in den vorstehend vorgeschlagenen Formen erfolgt, so ist die deutsche Regierung bereit, jede von alliierter Seite gegebene Anregung und jeden gemachten Vorschlag eingehend und gewissenhaft zu prüfen und zu erörtern, und auch in jeder anderen, den dortigen Wünschen entsprechenden Form am Wiederaufbau teilzunehmen. Die deutsche Regierung bittet die alliierten Regierungen, die erforderlichen Besprechungen über Einzelheiten der zu treffenden Regelung möglichst sofort einzuleiten.

Die Note ist bereits Samstag vormittag der Reparationskommission durch die Kriegslastenkommission übergeben worden. Die Reparationskommission hat in einer Sitzung von dem Dokument Kenntnis genommen und über die zu erteilende Antwort beraten.

Deutschland.

Stuttgart, 23. April. Staatspräsident Dr. Hieber hat sich zu den Beratungen des Reichsrats und Reichstags nach Berlin begeben.

Stuttgart, 23. April. Der Geschäftsordnungsausschuß hielt am Samstag eine Sitzung ab, um einen Referenten für die Abänderung der Geschäftsordnung des Landtags zu bestellen. Dieselbe soll den neuzeitlichen Verhältnissen angepaßt werden. Der Ausschuß beauftragte einstimmig mit der immerhin nicht leichten Aufgabe den Herrn Abgeordneten Keil. — Der nachgesuchten Aufhebung der Immunität wegen Strafverfahren der Abg. Oster und Schepperle wurde nicht entsprochen, hingegen beschlossen, wegen der sich häufenden Strafverfolgungsanträge gegen den Abgeordneten Karl Müller den Fraktionen vorher Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

München, 23. April. Der letzte Transport deutscher Kriegsgefangener aus Sibirien, der sich infolge des Schiffstransportes wiederholt verzögert hatte, ist heute vormittag in München eingetroffen und alsbald nach Lager Lechfeld weitertransportiert worden. Dieser letzte Transport besteht aus 517 Köpfen, darunter 151 Offizieren, 268 Mannschaften, 51 Zivilinternierten, ferner 29 Frauen und 18 Kinder von Gefangenen, die in Sibirien geheiratet haben.

Berlin, 23. April. Die Reichspostverwaltung vermindert von Monat zu Monat die Zahl ihrer Hilfskräfte, wobei in weitestem Umfang die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beteiligten berücksichtigt werden. So ist geplant, von den etwa 80 000 noch beschäftigten Hilfskräften 30 000 in ein Beamtenverhältnis überzuführen, da sie dauernd gebraucht werden, und das übrige Hilfspersonal allmählich ganz abzubauen, um den Betrieb wieder finanziell rentabel zu machen.

Berlin, 22. April. Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat heute folgende Entschließung angenommen: Der Reichsverband der deutschen Industrie richtet an die beteiligten Wirtschaftskreise die Aufforderung, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß trotz der neuen Rheinzollinie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen besetzten und unbesetzten Gebieten aufrecht erhalten werden. Zu diesem Zweck ist es unerläßlich, daß die Firmen des besetzten Gebiets keine ungünstigeren Versorgungsmöglichkeiten haben als die Firmen des unbesetzten Gebiets. Die Firmen des unbesetzten Gebiets müssen im Wettbewerbsfalle Maßnahmen unterlassen, die als eine Ausnutzung der Notlage des besetzten Gebietes gedeutet werden können. Wie ein Ausgleich der Interessen herbeigeführt werden kann, muß von Fall zu Fall geprüft werden. Die Geschäftsführung des Reichsverbandes stellt sich für eine Mitarbeit zur Verfügung. Die Einführung der beabsichtigten Aufgang-Organisation hat so zu erfolgen, daß bureaukratische Handhabung und unnötige Absperrung vermieden werden.

Berlin, 23. April. Eine nochmalige Erhöhung der Fernsprechgebühren ist nach einer Vorlage im Reichspostministerium in Aussicht genommen. Die neue Erhöhung, die teilweise bis zu 30 Prozent beträgt, wird voraussichtlich im Juli in Kraft treten. — Das Reichskabinett hat sich einstimmig gegen den Rücktritt Dr. Simons ausgesprochen. — Die deutsche Regierung weist in einer Note nach, daß die Schuld für die Verzögerung an der Aburteilung der „Kriegsverbrecher" die Entente trifft. — Der Reichstag beschloß am Samstag nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte die Entgegennahme der Regierungserklärung über die amerikanische Vermittlungsaktion auf Montag zu verschieben. — Im preußischen Landtag wurde dem Kabinett Stegerwald mit 216 gegen 130 Stimmen der 3 sozialistischen Parteien das Vertrauen ausgesprochen. — Die Kommunisten entfalten im mitteldeutschen Industriebezirk erneut eine scharfe Hetzarbeit. — Der Berliner Kriminalpolizei ist es gelungen, die Personen und den Aufenthalt des rätselhaften Ferry, der bei dem Anschlag auf die Siegessäule eine bedeutende Rolle spielte, ausfindig zu machen. Ferry ist ein gewisser Wilhelm Häring aus Magdeburg, der augenblicklich in Halle in Haft sitzt wegen seiner Beteiligung an den Kommunistenunruhen in Mitteldeutschland.

Voraussetzung für die freie Milchwirtschaft.

Zu der Besprechung der Ernährungsminister in Bremen wird von zuständiger Seite geschrieben:

Nach der Presse-Veröffentlichung über das Ergebnis der kürzlichen Besprechung der Ernährungsminister in Bremen soll die Erfassung von Milch und Butter im Wege der öffentlichen Bewirtschaftung möglichst bald aufgehoben werden. Als unerläßliche Voraussetzung für eine solche Aenderung der bestehenden Milchbewirtschaftung erachtete jedoch die Konferenz, daß das System der Milchlieferungsverträge, das mit Zustimmung der landwirtschaftlichen Organisationen derzeit auch in Württemberg durchgeführt wird, allgemein Eingang gefunden habe. Sobald die Milchversorgung der Bedarfsgemeinden durch diese Verträge genügend gesichert ist, wird es möglich sein, auf Zwangserfassung und Höchstpreis zu verzichten.

Gegen die Verwendung deutscher Zollbeamter.

Die Reichsregierung hat wegen der Inanspruchnahme deutscher Zollbeamten durch die interalliierte Rheinlandskommission bei Errichtung der Zollgrenze folgende Stellung eingenommen: Die deutsche Regierung hat es in der durch die Zeitungen veröffentlichten Protestnote als allen Grundlagen der Moral widersprechend bezeichnet, daß die interalliierte Rheinlandskommission für sich das Recht in Anspruch nimmt, die Dienstleistungen der deutschen Beamten für die widerrechtliche Eröffnung einer Zollgrenze gegen das unbesetzte Deutschland zu fordern. Die gesamte Zollbeamtenschaft wird mit der Reichsregierung in der Beurteilung der Zwangsmaßnahmen eines Sinnes sein. Unter Festhalten an diesem Standpunkt erklärt die deutsche Regierung ausdrücklich, daß die Anwendung solcher Dienstleistungen nicht in Frage kommen dürfe. Folgt aber ein Zollbeamter unter dem Zwange der Verhältnisse einem Befehl zur Mitwirkung an der Errichtung der neuen Zollgrenze, so wird ihm hieraus kein Vorwurf gemacht werden.

Gegen Dr. Simons.

Die „Deutsche Allgem. Zeitung" teilt mit, daß am Montag im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages die schärfste Opposition der beiden Rechtsparteien gegen den Reichsminister Dr. Simons einsetzen werde. Der Kampf wird von Stinnes und seinen politischen Freunden geführt werden. Da Minister Simons schon seit langer Zeit nicht mehr das unbedingte Vertrauen der Deutschen Volkspartei genießt. Man glaubt Gründe für die Annahme zu haben, daß Dr. Simons mehr zur Demokratie als zur Deutschen Volkspartei neigt.

Die Note über den Goldschatz.

Die von der deutschen Regierung in Paris überreichte Note zu der Frage der deutschen Goldbestände nimmt Bezug auf den Absatz 11 des Artikels [illegible], der bestimmt, daß die deutsche Regierung ohne vorherige Zustimmung der Entente weder Gold ausführen noch darüber zu verfügen hat. Die Bestimmung reicht am 1. Mai auf [illegible]. Die deutsche Note geht von der Annahme aus, daß sich die Entente durch ihre Aufforderung, den deutschen Goldbestand in das besetzte Gebiet zu bringen, Sicherheiten dafür schaffen wollte, daß wir am 1. Mai nicht frei über unser Gold verfügen. Deutschland bietet nun eine Formel an, die ermöglicht, daß die Geltung der gesamten Bestimmung bis zum 1. Oktober verlängert wird. Im Übrigen erklärt die Note unter Anführung der bereits bekannten Gründe, daß Deutschland die von den Alliierten geforderten Maßnahmen nicht durchführen kann.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. April. Der Eintritt in die Tagesordnung macht Minister des Äußern, Dr. Simons, eine kurze Mitteilung: Nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen hat die Reichsregierung unverzüglich Schritte getan, um eine neue Basis für Unterhandlungen mit den Alliierten zu finden, die Aussicht bot, mit den Alliierten die Frage zu lösen, die allein für eine wirklich praktische Lösung der Reparationsfrage in Betracht kommt. Das war nach der Meinung fast sämtlicher Parteien des Reichstags die Frage des Wiederaufbaues. Infolgedessen wurde alsbald mit dem Wiederaufbauministerium ein Plan für die technische Durchführung des Problems ausgearbeitet. Das Ergebnis werden Sie in der Note finden, die an die Reparationskommission abgeschickt wurde und die verschiedene Systeme des Wiederaufbaus zur Auswahl gibt, von denen das eine, das ausführbarste, dem Vorschlag entspricht, den die deutschen Gewerkschaften ausgearbeitet haben. Das zweite Problem war die Beschaffung der Zahlungsmittel, die von Deutschland gefordert werden, um den Reparationsansprüchen auf finanziellem Gebiet zu genügen. Da Deutschlands finanzielle Leistungsfähigkeit aufs äußerste beschränkt ist, so mußte, nach Auffassung der Reichsregierung, das Hauptaugenmerk gerichtet werden auf die Schaffung der nötigen Unterlagen für den Plan einer internationalen Anleihe, aus der größere Summen den Alliierten zur Verfügung gestellt werden können und wobei Deutschland die Verzinsung und Tilgung der Anleihe zu übernehmen hätte. Auf der Basis dieser Untersuchung hat dann die Reichsregierung Fühlung zu nehmen gesucht mit den Gegnern, um wieder zu neuen Verhandlungen zu gelangen. Alle diese Versuche sind aber gescheitert. Wir haben bei Versuchen, wieder zu einer Fühlung mit den Alliierten zu kommen, auch, und sogar in erster Linie, an eine Vermittelung Amerikas gedacht und zwar deswegen, weil Amerika an der ganzen Frage der Lösung und der Friedensprobleme durch seine Teilnahme am Kriege, durch seine entscheidende Einflußnahme auf den Einfluß des Kriegs und dadurch beteiligt ist, daß es von allen Mächten die einzige ist, deren Finanzkraft sie in die Lage versetzt, wirkliches zur Lösung der Reparationsfrage zu tun. Auf dem gewöhnlichen Wege der diplomatischen Vermittlung war ein derartiges Gesuch nicht an die amerikanische Regierung heranzubringen. Es bedurfte vielmehr ungewöhnlicher Mittel. In dieser Lage hat sich die Reichsregierung entschlossen, an die amerikanische Regierung jene Note zu richten, die durch die Presse bekannt gegeben worden ist. Die Note ging hinaus auf das unbedingte Angebot der Uebernahme der schiedsrichterlichen Entscheidung in der Frage der Reparationen auf Grund einer eingehenden Prüfung. Damit war Amerika in die Lage versetzt, ein Schiedsverfahren einzuleiten, bei dem Deutschland Gelegenheit gehabt hätte, alle ihm günstigen Argumente vorzubringen. Die amerikanische Regierung hat jenes Angebot der deutschen Regierung nicht angenommen. Heute Mittag hat mir der Vertreter der amerikanischen Regierung das Memorandum überreicht. Damit ist die Vermittelung als Schiedsmann abgelehnt, die Vermittelung im gewöhnlichen Sinne angenommen mit der Modifikation, daß Deutschland der amerikanischen Regierung Vorschläge unterbreitet, die die amerikanische Regierung als Grundlage für geeignet hält. Es muß nun unmittelbar

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

in Erwägung darüber eingetreten werden, wie die Vorschläge der deutschen Regierung zu gestalten sind, und über diese Frage wird sich zunächst die Regierung selbst schlüssig zu machen haben. Mit Rücksicht darauf, daß die Note der Amerikaner erst heute mittag in die Hände des deutschen Außenministers gekommen ist, wird die Kabinettssitzung erst heute nachmittag stattfinden und die Regierung wird erst morgen in der Lage sein, dem Hohen Hause über die Gesamtheit ihrer Politik in der Reparationsfrage Rede und Antwort zu stehen. Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß sie in der Formulierung der Vorschläge bis an die Grenze dessen gehen muß, was das deutsche Volk für Reparationszwecke leisten kann. (Unruhe. Das ist umsomehr notwendig, als wir leider bei Beurteilung unserer Lage fast das ganze Ausland gegen uns haben. Diese Ueberzeugung muß unter allen Umständen allmählich aus der Welt verschwinden, nicht dadurch, daß wir nunmehr Versprechungen machen, von denen wir wissen, daß wir sie nicht halten können, sondern dadurch, daß wir dem Auslande vollständig klaren Wein über unsere Lage einschenken. (Lachen und ironische Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Löbe: Im Einvernehmen mit dem Aeltestenausschuß schlage ich dem Hause vor, heute die Beratungen abzubrechen und so dem Kabinett wie den Fraktionen die Möglichkeit einer Besprechung der bisher unternommenen Schritte zu geben. — — Nächste Sitzung Samstag.

Ein Interview mit Stinnes.

Der „Intransigeant" berichtet über eine Unterredung, die sein Mitarbeiter in Berlin mit Stinnes hatte. Dieser habe u. a. erklärt: Man verliert nur Zeit mit dem Geschwätz von Politikern, welche von Parlament und Kammer wie Hampelmänner aufgezogen werden. Es ist notwendig, daß Geschäftsmänner zusammentreten, die ohne Hast miteinander reden. Zur Rettung der kranken Teile ist die Konsultation einiger Aerzte hinter geschlossenen Türen erforderlich. Deutschland würde etwas Ungewisses anbieten, wenn es sich bereit erklärt, auch nur die Zinsen einer Anleihe von 50 Milliarden zu zahlen. Frankreich hätte seit zwei Jahren Material und Arbeiter für den Wiederaufbau haben können, aber Frankreich will gar nicht Wiedergutmachung, sondern nur die Demütigung Deutschlands. Man könnte Geld finden, aber nur, wenn man der Welt das Beispiel der vollkommenen Zusammenarbeit gibt. Nur eine Lösung sei möglich, die großzügige Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen und ferner eine Zusammenkunft von Technikern, die allerdings keine Revolver auf dem Tisch liegen haben dürften. Der Mitarbeiter dieses Blattes schließt seinen Bericht: Die halbe Stunde, die ich mit Stinnes verbracht habe, hat in mir den Eindruck erweckt, daß dieser Mann wohl das Schicksal Deutschlands retten könne.

Papierpreise und Zeitungen.

Die Papierfabriken haben, wie bekannt, den Preis für Zeitungspapier ab 1. April um 1 Mark pro Kilo erhöht. Diese neue Belastung wird in ihrer ganzen Schärfe am besten illustriert, wenn man dieser den Friedenspreis gegenüberstellt. Danach kostete vor dem Krieg das ganze Kilo 20—23 Pfg., der neue Zuschlag beträgt also für das Kilo allein das vier- und fünffache des Friedenspreises. Dabei fällt einer der Hauptgründe für diese ungeheure Erhöhung heute weg, die Verteuerung des Papierholzes, denn die Papierholzpreise sind seit einem Jahr sehr beträchtlich gefallen. Während im März vergangenen Jahres beim Papierholzverkauf ohne Holzklassenunterschied 315 Mark pro Ster bezahlt werden mußten, wurden bei einem dieser Tage im Schwarzwald getätigten Verkauf von rund 3000 Ster für 1. Klasse 121 Mk., 2. Klasse 91 Mk. und 3. Klasse 61 Mark gezahlt. Tausende von Sters noch unverkauften oder noch nicht abgeholten Papierholzes stehen jetzt noch im Schwarzwald herum, während ständig kleinere Blätter infolge des unerschwinglich gewordenen Papieres gezwungen sind, ihren unrentabel gewordenen Betrieb einzuschränken oder gar einzustellen. (Schw. B.)

Ausland.

Bern, 23. April. Der Bundesrat protestiert in einer Note gegen die Beseitigung der freien Schweizer Zone durch Frankreich, die einen zu dem Völkerbundspakt in Widerspruch stehenden Gewaltakt darstelle.

Brüssel, 23. April. Der Transport neuer belgischer Truppen nach dem besetzten Gebiet hat begonnen.

Rom, 23. April. Im Ministerrat betonte Graf Sforza, nachdem er auf die Zusammenkunft Briands und Lloyd Georges in Hythe hingewiesen hatte, daß Italien auf dem gleichen Standpunkt, betreffs der Ausführung des Versailler Vertrages wie die Verbündeten stehe, sich aber nicht auf eine militärische Aktion gegen Deutschland einlassen werde. Im Ministerrat wurde weiterhin die Rückgabe des Eigentums der deutschen protestantischen Kirche beschlossen.

Paris, 23. April. Präsident Harding hat nach dem Oeuvre noch gesagt, er wisse, daß er eine große Verantwortung übernehme, wenn er die Intervention übernehme. Aber er könne nicht nein sagen, weil er nicht wieder gutzumachendes Unglück verhindern wolle. Dieses Unglück sei nach Ansicht Hardings die Besetzung des Ruhrgebiets. Die amerikanische Regierung wolle nicht, daß ihr Eingreifen als Vermittelung oder als Schiedsspruch gedeutet würde. Aber das sei nur eine Formsache. Harding wisse sehr gut, daß, wenn er annehme, die Angelegenheit der Aufmerksamkeit der Alliierten zu unterbreiten, das heißt, wenn er Deutschlands Vorschläge, die er für annehmbar halte, weitergebe, er tatsächlich eine Vermittlung übernehme. Es sei ihm unmöglich, ein einfacher Briefträger zu sein. Die Umstände würden ihn gezwungenermaßen zum Schiedsrichter der Angelegenheit machen.

London, 23. April. Der diplomatische Mitarbeiter der Daily News ist der Ansicht, daß die Note betreffend den Wiederaufbau ein wichtiger Faktor in den Beratungen zwischen Lloyd George und Briand werden kann. Als Beitrag zum gesamten Reparationsproblem sei die Note nur ein Anfang, jedoch komme sie den sofortigen Bedürfnissen Frankreichs wirksam entgegen. Was auch gegen die Deutschen eingewendet werde, niemand habe ihre Tüchtigkeit als Arbeiter in Frage gestellt und nach dem neuen deutschen Plan würde Frankreich mit ziemlicher Sicherheit nicht nur Häuser bekommen, sondern auch gute Häuser. Der Vorschlag werde natürlich bei den großen französischen Industriellen, die selbstverständlich auf die Wiederaufbaukontrakte rechneten, auf Widerstand stoßen.

Franzosen für deutsche Hilfe beim Aufbau.

Paris, 23. April. Der vom Allg. Arbeiterverband einberufene Kongreß zur Beratung über den Wiederaufbau in Frankreich hat seine Arbeiten beendigt und den Beschluß gefaßt, ein Aktionskomitee einzusetzen, das mit der französischen Regierung in Verbindung treten soll, um allgemeine Grundlagen für den Wiederaufbau Frankreichs und durch eine engere Zusammenarbeiten mit den bereits bestehenden Organisationen der Geschädigten und mit den Arbeitern selbst eine praktische Lösung des Wiederaufbauproblemes zu finden. Das Aktionskomitee wird seine erste Sitzung am 8. Mai abhalten. Der Kongreß endigte mit der Annahme einer Entschließung, in der zum Ausdruck gelangt, daß der Hauptreichtum Deutschlands in seiner Arbeit und in seiner Produktion zu suchen sei und daß infolgedessen ein Wiederaufbauprogramm unter Nichtbeteiligung der deutschen Arbeiter niemals denkbar sei. Im Laufe der Debatte wurde erklärt, daß am 28. April auf dem Kongreß in London die französischen Gewerkschaftler mit den Vertretern der deutschen Arbeiterorganisationen zusammenkommen würden und alsbald Aufklärung darüber geschaffen würde, auf welche Mitarbeit von deutscher Seite gezählt werden könne. Eine ganze Reihe von Bürgermeistern zerstörter Ortschaften trat für die Beteiligung der deutschen Arbeiter ein. Ferner wurde bekanntgegeben, daß sich die Kosten des Wiederaufbaus auf 50 Milliarden in bar belaufen würden. Frankreich würde 20 Jahre für den Wiederaufbau brauchen. Deutsche Arbeiter und deutsches Baumaterial seien unbedingt erforderlich.

Bankerott.

Die Pariser Presse meldet aus Riga. Im Laufe einer Versammlung des Zentralkomitees der kommunistischen russischen Partei hat Lenin seine Demission angeboten, wenn die bisherige Politik der Sowjets nicht von Grund auf geändert würde. Lenin erklärte, daß der Kommunismus in Rußland alles zugrunde gerichtet habe und keinerlei Aufbau unter Zugrundelegung der kommunistischen Ideen möglich sei.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 25. April. Auf einige schöne, frohe Stunden kann der Schwarzwaldverein zurückblicken. Eine stattliche Teilnehmerschar — über 40 Personen — hat sich gestern Nachmittag am verabredeten Sammelplatz eingefunden, um den Ausflug Dietlingen—Ispringen anzutreten. Schönes Wanderwetter hat der Himmel gespendet und frohgemut zog die Schar durch die im Schmucke des jungfrischen Buchenlaubes jetzt so schönen Wälder und die saftiggrünen Felder. Nachdem Dietlingen durchquert war, wurde auf der folgenden Anhöhe die schöne Aussicht auf unsere heimatlichen Schwarzwaldberge genossen. Im anschließenden, mit Gesang durchsogenen Buchenwalde wurde die Gesellschaft von einem Mitgliede im Bilde festgehalten. Im Engel in Ispringen war man bei freundlicher Bedienung aufs Beste aufgehoben und nachdem die Magenfrage in allseits zufriedenstellender Weise gelöst war, ging der beinahe dreistündige Aufenthalt bei munterer Rede, Gesang und Tanz nur allzurasch vorüber. Manch einer hat im Stillen den Entschluß gefaßt, den „Engel" noch einmal zu besuchen. Die Abendschatten senkten sich schon herab, als die Schlußwanderung nach Bröttingen angetreten wurde. Schade, daß die auf diesem Wege sich bietende schöne Aussicht auf Pforzheim wegen der inzwischen eingetretenen Dunkelheit verzichtet werden mußte. Allgemein war Befriedigung über den schönen Nachmittag und wir hoffen eine günstige Nachwirkung hievon auf die künftigen Ausflüge.

Württemberg.

Stuttgart, 23. April. (Abschluß der Zuckerfabrik Stuttgart. — Roheit.) In der am 23. April abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft fand die beantragte Erhöhung des Grundkapitals um 9 360 000 Mark Stammaktien sowie die sich daraus ergebende Aenderung des Gesellschaftsvertrages einstimmige Annahme. Die neuen Aktien sollen den Stammaktionären in der Weise zum Bezug angeboten werden, daß auf je zwei alte Stammaktien eine neue zu 110 Prozent zuzüglich 5 Prozent vom 1. Oktober 1920 an bezogen werden kann. — Ein Rohheitsakt verursachte am Freitag abend in der Gutenbergstraße einen Menschenauflauf. Ein Mann packte seinem Nachbarn auf und schlug ihn auf der Straße. Der Geprügelte, ein Invalide, war wehrlos. Die Sache wird ein gerichtliches Nachspiel haben.

Stuttgart, 24. April. (Fußballwettspiel.) Das erste Spiel in der Endrunde um die Süddeutsche Fußballmeisterschaft, das heute auf dem Degerlocher Spielplatz zwischen dem Fußballklub Phoenix-Ludwigshafen und dem ersten Fußballklub Pforzheim ausgefochten wurde, endete mit 1:0 zugunsten der Ludwigshafener, die auch Rheinkreismeister sind.

Hohenheim, 23. April. (Rascher Aufstieg.) Der frühere Direktor der Landwirtschaftlichen Hochschule, Professor Dr. Warmbold, der seit zwei Jahren als Ministerialdirektor im preußischen Landwirtschaftsministerium tätig ist, wurde nun zum preußischen Landwirtschaftsminister ernannt.

Heilbronn, 24. April. (Ein Marder.) Der 27 Jahre alte Eisenbahnpraktikant Max Seyfried von Nordstetten OA. Horb ist vom Schwurgericht unter Zubilligung mildernder Umstände zu zwei Jahren Gefängnis und zu 5jähriger Unfähigkeit für die Bekleidung eines öffentlichen Amtes verurteilt worden, weil er auf der Expreß- und Eilgüterstelle des Heilbronner Hauptbahnhofes für fast 20 000 Mark Waren in Ausübung seines Dienstes zur Nachtzeit gestohlen hatte.

Reutlingen, 23. April. (Hausbesitzer und Mieter.) Der Hausbesitzer Robert Sauer begehrte nachts bei seinem Mieter, dem Eisendreher Anton Griebel, Einlaß. Als ihm nicht geöffnet wurde, schlug er mit der Axt die Glastüre ein. Griebel stach mit einem Messer den Eindringling leicht in den Hals. Sauer wurde von einem Axthieb leicht getroffen, aber doch so verletzt, daß er ins Bürgerhospital verbracht werden mußte. Hausbesitzer und Mieter standen schon längere Zeit auf gespanntem Fuß.

Rottenburg, 23. April. (Bischof und Siedlungsfrage.) Bischof Dr. v. Keppler hat dem hiesigen Siedlungsverein einen Beitrag von 5000 Mark überwiesen. Es sollen in diesem Jahr drei Doppelwohnhäuser und ein Reihenhaus am ehemaligen Schießhaus erbaut werden.

Schramberg, 24. April. (Außer Verfolgung gesetzt.) Der wegen Aufruhrs angeklagte Führer der hiesigen Teuerungsdemonstration im Juli vor. Js. wurde nun vom Landgericht Rottweil außer Verfolgung gesetzt. Wegen der Gewaltätigkeiten auf 2 Höhengemeinden schwebt das Verfahren noch.

Gussenstadt OA. Heidenheim, 23. April. (Großer Geldiebstahl.) Dem Jakob Niederberger wurden nachts aus seiner Wohnung 20 000 Mark gestohlen. Verdächtig, den Diebstahl begangen zu haben, ist eine Zigeunergesellschaft, die tags zuvor hier ein Konzert gegeben hat.

Mit dem Brandmal.

Roman von Gebhard Schätzler-Perasini.

(Nachdruck verboten.)

Robert schleppte aus Leibeskräften den umfangreichen Baum. Weihold trägt die Spitze, wie es der Junge verlangt.

So gelangen sie mit dem Baum ins Haus, in das Vorzimmer, wo Winkelmann steht. Er schlägt die Hände zusammen, wie er diesen Aufzug sieht, vor allem jedoch Weiholds Hilfe.

Doch der Junge läßt ihm zur Überraschung keine Zeit. „Aufmachen!" ruft er, laut hinauslachend, und da Winkelmann zögert, stößt Robert mit dem Ellbogen selber die Tür auf, mit dem Fuß nachhelfend.

Frau Anna erhebt sich voll Erstaunen von ihrem Sitze, wie die Tür auffliegt und zugleich mit einem frischen Luftstrom Tannenduft hereinflutet. Dann hat sie begriffen.

„Hurra, Mamachen, ich rücke an!" ruft Robert hell. „Und da mir niemand half, suchte ich mir selber Hilfe. Lassen Sie nur ab, Herr Onkel. Ich danke auch."

Jetzt erblickt Frau Anna den Helfer ihres Sohnes. Wortlos steht sie da. Weihold tritt auf sie zu und sein bebender Mund flüstert:

„Verzeihen Sie nur; ich konnte nicht anders. Und ein Verbrechen ist es gewiß auch nicht, wenn der — Onkel dem guten Jungen hilft — den Weihnachtsbaum aufstellen.

Sie entgegnete ihm nichts darauf. Er wendet sich um, geht, ohne ein Wort zu sprechen, hinaus, steigt die Treppe empor, und auf seinem einfachen Zimmer angekommen, bedeckt er das Gesicht mit beiden Händen. Ein Schluchzen steigt aus seiner Brust; er fühlt es hundertfach, was er verloren hat, was er ersehnt mit bangender Seele.

9.

Ziemlich frühe ist es dunkel geworden. Auf seinem Zimmer sitzt Friedrich Weihold, der auch vom Heimatherd verbannte Mann.

Den Zutritt dort unten in seiner eigenen Familie ertrotzen, mag er nicht; er weiß ja, mit welchen Augen man ihn betrachtet.

O, es ist ein Unglück, daß er die Liebe für sein Weib nicht aus der Brust reißen, daß er nicht vergessen kann, wie zwei liebe Kinder unten schalten, sei eigen Blut!

Vor einer Stunde hat er auch Renate vom Fenster hier oben aus gesehen. Er preßte dabei das Gesicht gegen die Scheiben, und sein Herz klopfte wie toll.

Das Mädchen war langsam durch den Garten geschritten. Hektor kam hervorgekrochen und drückte den zottigen Kopf an ihr Kleid. Und dann lehnte sich Renate plötzlich gegen die Wand und bedeckte das Antlitz schluchzend mit den Händen. Der Hund hatte leise gewinselt.

Dieser sonderbare Anblick schnitt Weihold tief in die Seele. Sein Kind war unglücklich! Und die Ursache? Sollte ihr Frau Anna mitgeteilt haben, daß er, Weihold, unter ihrem Dache wohnt, daß er der mit Schande bedeckte Vater ist. — Nein, er mag und kann dies nicht glauben. Es muß etwas anderes sein, dessen eigentümlicher Charakter ihm zur Stunde noch verborgen bleibt.

Diese Wahrnehmung hat ihn jedoch unruhiger als je gemacht. Wenn Renate vielleicht gar zu irgend einer verhaßten Heirat gezwungen werden soll? Weihold denkt ja nicht daran, daß er selbst dem allen als ein kaum übersteigbares Hindernis im Wege steht.

Er lehnt sich wieder gegen das Fensterkreuz und blickt durch die Scheiben auf die schneebedeckte Landschaft hinaus.

Drüben lag die Burgruine, wo er zwei Tage lang fror und hungerte, die weiten Forste, durch die er kam, immer noch die zähe Hoffnung in der Brust —; über all' dem liegt jetzt eine feine, graue Nebelschicht, die immer dichter wird.

Es muß draußen sehr kalt sein; die wenigen Menschen, welche man hier erblickt, eilen in größter Hast weiter. Hinter ihm knistert das lustige Feuer. Was er zum Vegetieren nötig hat, Essen, Wärme, besitzt er nun, sonst aber verlor er alles, selbst das letzte, den glimmenden Funken der Hoffnung.

Durch den Nebel bringt eine Gestalt im Pelzrock. Das kleine Gartentor klinkt auf und zu, Hektor schlägt an und dann wird es wieder still. Der Kommerzienrat ist in das Haus getreten.

„Ein ziemlich häufiger Besucher!" denkt Weihold bei sich, und dann wird es ihm plötzlich heiß im Kopf. Er wirft sich in einen Stuhl, stützt den Kopf in die Hände, um im nächsten Augenblick voller Erregung das Zimmer zu durchmessen.

Was nur dieser Kommerzienrat so beständig hier zu suchen hat? Sollte sein Hiersein mit Renate oder Frau Anna in Verbindung stehen?

Mißtrauen, Eifersucht — dazu ein sonderbares Gefühl gegen diesen Mann, erfaßt Weihold. Er öffnet leicht seine Tür, horcht — alles still. Da hält es ihn nicht mehr auf; auf seinen wollenen Hausschuhen schleicht er über die Treppe.

Soeben begibt sich Winkelmann in das naheliegende Städtchen, in Begleitung Robert's, der für die Feiertage und zur Schmückung seines Baumes noch gar mancherlei benötigt.

Frau Anna vergaß längst die Worte Herrn von Helmen's, als dieser schied und für heute seinen abermaligen Besuch in Aussicht stellte. Noch vor den Feiertagen wollte er das Projekt der Verbindung geregelt wissen.

Nachdem er tagsüber vergeblich darauf wartete, von Frau Anna einige Zeilen zu erhalten, die jetzt, nachdem er selbst ihr angedeutet, wie vieles er zu übersehen gewillt war, seinem Sohn Hoffnung einflößen sollten, entschloß er sich zu seinem zweiten entscheidenden Gang.

Nicht leicht war ihm dieser Weg; stundenlang rang er mit sich selbst, ob er den Schleier lüften solle, der 15 Jahre lang dicht über einem Geheimnis ruhte. Dann behielt das gute Element in ihm die Oberhand.

„Wenn ich sündigte, weshalb soll ich nicht beichten können, nachdem ich längst bereute? Weiß ich doch, warum ich mich dieser Frau vertraue.

Nun sitzen sie in Frau Annas kleinem Salon, die Teekanne summt ihr Lied und das ruhige Licht flutet um die weißen Schläfen der leidenden Frau.

Renate ist nicht anwesend; vergebens war jeder Trost der Mutter. Das junge Mädchen vermag sich noch immer nicht darein zu schicken, alle Hoffnung aufzugeben, und eine Hilfe findet sie doch nicht.

„Ich wartete den ganzen Tag auf ein Zeichen von Ihnen, auf das ich mit meinem Jungen herbeieilen konnte," beginnt der Rat, „aber, es kam nicht. Sollten zwei junge Menschenleben wirklich verkümmern in dem Schicksalskampfe, den sie beide nicht einmal begreifen?"

Frau Anna legt die Hände auf der Tischdecke übereinander und schaut ihn wehmutsvoll an.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Baden.

Pforzheim, 22. April. Der Stadt wurde von mehreren [illegible] Spendern die Summe von 75 000 Mark für das Kinderheim Wimpfen überwiesen.

Kehl, 22. April. Schwer heimgesucht wurde die Familie des Landwirts Gustav Müller in Holzhausen. Der Bedauernswerte, der sechs Kinder zu versorgen hat, hat in kurzer Zeit 2 Kühe, ein junges Kalb und eine Herde junger Schweine verloren. Zur Unterstützung der schwergeprüften Familie ist eine öffentliche Sammlung eingeleitet worden.

Heidelberg, 22. April. Wie jetzt mitgeteilt wird, beträgt der Kaufpreis, den die Allgemeine Ortskrankenkasse für das als Erholungsheim erworbene Hotel Viktoria in Seeheim an der Bergstraße angelegt hat, 300 000 Mark.

Weinheim, 22. April. Als der Fabrikarbeiter Karl Rhem und seine Ehefrau nachts aus dem Zirkus heimkehrten, fanden sie ihr 3 Monate altes Kind tot in der Wiege. Anscheinend war übersehen worden, den Gashahnen zu schließen. Von dem Ausgange der eingeleiteten Untersuchung wird es abhängen, ob gegen die Eltern wegen fahrlässiger Tötung Anklage erhoben wird.

Vermischtes.

Frostschaden im Elsaß. Aus dem Elsaß liegen Nachrichten vor, wonach der in der Nacht zum letzten Sonntag eingetretene Frost in der elsässischen Weingegend unermeßlichen Schaden angerichtet hat. Die Reben, die bei der warmen Witterung überall getrieben hatten, sind fast vollständig vernichtet. Die [illegible], die früher treiben, sind vernichtet, ebenso alle Frühgewächse. Auch die Blüten vieler Obstbäume sind dem Frost zum Opfer gefallen.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 24. April. Zur Frage der Arbeiterfahrkarten und Sonntagsfahrkarten hat der sozialdemokratische Abgeordnete Weißmann im badischen Landtag die Anfrage eingebracht, ob die Regierung bereit sei, beim Reichsverkehrsministerium dafür einzutreten, daß die ab 1. Juni geplante Erhöhung der sogenannten Arbeiterfahrkarten um 200 und mehr Prozent sich in erträglichen Grenzen hält, ferner, ob die badische Regierung beim Reichsverkehrsministerium für die baldige Einführung der Sonntagsfahrkarten eintreten wolle, die im Hinblick auf die allgemeine Erhöhung der Fahrpreise eine zwingende Notwendigkeit sei.

Hamburg, 23. April. In dem Prozeß gegen die Geesthachter Kommunisten wurde heute nach mehrtägigen Verhandlungen das Urteil gefällt. Die Vorgänge am 24. und 26. März in Geesthacht waren im Anschluß an die Hamburger Unruhen entstanden. Sie waren nach dem Spruche des Gerichtes ein hochverräterisches Unternehmen. Als Rädelsführer wurde Fitzer zu 3 Jahren 5 Monaten, Ammoß zu 2 Jahren 3 Monaten, Zwirhl zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt. 39 weitere Angeklagte wurden zu Gefängnisstrafen von 9 Monaten bis 2 Jahren verurteilt.

Innsbruck, 25. April. In Bozen hat gestern ein Zusammenstoß zwischen Faszisten und deutschen Bauern stattgefunden, wobei eine Person getötet und 43 verwundet wurden, darunter 8 schwer.

Wien, 25. April. Nach den letzten Feststellungen beläuft sich der durch den Brand in dem Schwechater Verpflegungsmagazin verursachte Schaden auf annähernd 40 Millionen Kronen.

Paris, 24. April. Im „Oeuvre" wird hervorgehoben, daß die militärischen Maßnahmen nunmehr das äußerste Zwangsmittel geworden seien. Man könne zu ihnen nur greifen, wenn die amerikanische Intervention ohne Erfolg bleibe. Erst müßten die deutschen Vorschläge von Harding geprüft werden, dann müsse er sie den Alliierten übermitteln und diese müßten in einer neuen Konferenz einen gemeinsamen Entschluß fassen. All das schiebe die Politik der „Hand am Halskragen" weit über den 1. Mai hinaus.

Paris, 24. April. Wie der diplomatische Mitarbeiter der „Chicago Tribune" mitteilt, wird die französische Regierung durch ihren Botschafter in Washington dem amerikanischen Staatsdepartement halbamtlich die genaue Summe mitteilen, deren Frankreich von Deutschland als Reparation bedarf.

Paris, 24. April. Wie der „Chicago Tribune" aus Managua gekabelt wird, hat Nicaragua seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärt, angeblich weil die Kosten zu hoch seien, wahrscheinlich aber, weil es seine Politik mit der von Washington in Einklang bringen will.

London, 24. April. „Observer" meldet, daß Lloyd George ein von Asquith, Lord Robert Cecil und Barnes unterzeichnetes Memorandum überreicht worden ist, in dem er aufgefordert worden ist, seinen Einfluß nicht in der Richtung der Anwendung neuer Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland geltend zu machen.

Athen, 23. April. Nach zuverlässigen Meldungen haben die Albanier sich in einer Stärke von 5—6000 Mann an drei Stellen der Grenze von Epirus gesammelt und befestigte Stellungen bezogen. Diese Tätigkeit vollzieht sich unter ausländischem Einfluß und unter Mitwirkung türkischer Offiziere. Durch ministerielles Dekret ist die Einberufung des Jahrgangs 1916 der Marinereserve angeordnet worden.

Rio de Janeiro, 24. April. Nach halbamtlichen Berichten wird Marschall Petain demnächst in Südamerika eintreffen, um die Leitung der französischen Propaganda in Argentinien, Uruguay und Brasilien zu übernehmen.

Oberbürgermeister Lautenschlager mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Stuttgart, 24. April. Bei der am heutigen Sonntag vorgenommenen Stadtvorstandswahl wurde der seitherige Oberbürgermeister Lautenschlager, für den sämtliche bürgerlichen Parteien und die Mehrheitssozialisten eintraten, mit 66697 Stimmen von insgesamt 79698 abgegebenen wiedergewählt. Der Gegenkandidat, der kommunistische Gemeinderat Schneck erhielt 9704 Stimmen. Ungültig waren 286, zersplittert 13 Stimmen. Von den letzteren entfielen u. a. je eine Stimme auf Hindenburg, Ludendorff und den Herzog zu Württemberg. Die Wahlbeteiligung betrug 42 Prozent, die Zahl der Wahlberechtigten 188433. Die Wahl nahm einen durchaus ruhigen Verlauf. Die Unabhängigen Sozialdemokraten hatten Wahlenthaltung proklamiert. Trotz eifriger Wahlagitation von kommunistischer Seite ist ihr Erfolg sehr unbedeutend. Bei der Landtagswahl im vorigen Sommer brachten sie rund 10000 und die Unabhängigen, die unterdessen meist zu den Kommunisten übergegangen sind, 30000 Stimmen auf.

Tirol für den Anschluß an Deutschland.

Innsbruck, 25. April. Von etwa 150000 Stimmberechtigten haben ungefähr 90 Prozent ihre Stimme abgegeben, von denen mindestens 120000 bis 125000 für den Anschluß an Deutschland gestimmt haben. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen wurden in Innsbruck 33454 für und 472 gegen den Anschluß abgegeben. Auch in Kufstein, Schwaz, Imst und Landeck ergab sich eine überwältigende deutsche Mehrheit.

Innsbruck, 25. April. Die Abstimmung ging im allgemeinen bei reger Beteiligung vor sich. In Innsbruck hatten bis gestern nachmittag 2 Uhr 80 Prozent der Abstimmungsberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht.

Die Beratungen in Lympne.

Hythe, 24. April. Reuter meldet amtlich: Die Konferenz trat um 10.30 Uhr zu einer allgemeinen Besprechung zusammen. Berthelot hat eine Denkschrift verbreitet, in der der französische Vorschlag, um den die Verhandlungen sich drehen, im einzelnen auseinandergesetzt wird. Es ist ein Telegramm mit der Nachricht eingegangen, daß Deutschland eine neue Note ausgearbeitet habe, doch ist diese bisher bei keiner Regierung eingegangen.

London, 25. April. Der „Observer" schreibt: Bei den ersten Beratungen zwischen den beiden Premierministern in Lympne wurde ein wichtiger Punkt in den französischen Vorschlägen, nämlich ob die Besetzung des Ruhrgebiets unumgänglich sein soll, in der Schwebe gelassen. Lloyd George ist auf diesen Punkt nicht weiter eingegangen, da er in elfter Stunde noch Hoffnung hatte, daß Berlin mit einem greifbaren Angebot hervortreten werde. In Lympne habe man jedoch nichts weiter über das neue Angebot gehört, das Deutschland vorgestern angeblich vorbereitet habe. Der „Observer" fährt dann weiter aus: In Frankreich hat anscheinend in den letzten Tagen zwischen den Sachverständigen eine Meinungsverschiedenheit geherrscht. Es wurde dort über zwei Pläne beraten: 1) einen allgemeinen von Seydoux entworfenen Plan, wonach eine interalliierte Kontrolle der deutschen Ausfuhr und der deutschen Kohlenerzeugung ausgeübt werden soll mit der Drohung einer Besetzung des Ruhrgebiets, wenn Deutschland sich widerspenstig zeige. 2) ein sofortiger und endgültiger Plan einer militärischen Besetzung des Ruhrgebiets als Einleitung und als Mittel zur Erlangung der alliierten Forderungen. Briands unbestimmte vorgestrige Haltung in der Frage, ob die Besetzung des Ruhrgebiets ein integrierender Teil des Planes sei oder nicht, scheine anzudeuten, daß Seydoux Plan die Oberhand gewonnen habe, obgleich es natürlich möglich sei, daß Briand vorgestern nur seine Fühler ausgestreckt habe, um das diplomatische Terrain abzutasten.

London, 25. April. Dem Vernehmen nach besteht kein Zweifel darüber, daß das Ruhrgebiet besetzt werden wird, wenn die Deutschen nicht befriedigende Vorschläge machen.

Paris, 24. April. Die Konferenz von Hythe ist um 6.15 Uhr zu Ende gegangen. Es wurde beschlossen, daß der Oberste Rat am kommenden Samstag in Paris zusammentreten soll. Sollte Lloyd George durch die Streiklage verhindert sein, London zu verlassen, wird die Konferenz in London stattfinden.

Die englische und französische Presse zu den Beratungen.

London, 25. April. Ueber die Konferenz zwischen Lloyd George und Briand in Lympne bringt der „Observer" folgende Mitteilung: Es dürfe als wahrscheinlich angesehen werden, daß das Bestehen Lloyd Georges auf einer tête-à-tête-Konferenz mit Briand ohne die Sachverständigen bedeutet, daß er die Absicht hat, allein den Grundsatz der Zwangsmaßnahmen und nicht der Anwendung eines detaillierten Planes, insbesondere den die französischen Sachverständigen in den letzten 14 Tagen bis ins Einzelne ausgearbeitet hätten und den Briand wahrscheinlich in seiner Tasche mitgebracht habe, zu besprechen. Es handle sich demnach um die Frage: Wird England Frankreich beistehen entweder mit Truppen oder mit Material oder mit seiner moralischen Unterstützung, wenn das Ruhrgebiet besetzt wird, da die Franzosen ihre Absicht, dieses Gebiet zu besetzen, klar zum Ausdruck gebracht haben.

Paris, 25. April. Der Berichterstatter des „Temps" in Hythe meldete gestern Nachmittag, Lloyd George habe gestern Vormittag die Aufzeichnungen des Generalsekretärs Berthelot eingeholt, aber einige Einwendungen vorgebracht. Er habe gesagt, man müsse nicht nur die wirkliche Schwäche der deutschen Regierung in Rechnung stellen, sondern auch auf die Kreise in den verschiedenen alliierten Ländern Rücksicht nehmen, die Einwendungen über die Art der Sanktionen machten. Er habe direkt auf den gestrigen Brief von Asquith, Lord Robert Cecil und Clynes hingewiesen und auch hervorgehoben, daß die amerikanische öffentliche Meinung heute den Alliierten günstig gesinnt sei, daß sie aber eine weniger günstige Haltung einnehmen könnte, wenn man gegenüber Deutschland Maßnahmen von großer Strenge anwende. Der englische Premierminister sei geneigt gewesen, einen letzten Versöhnungsversuch mit Deutschland zu empfehlen. Er scheine nicht die Hoffnung aufzugeben, Deutschland zu einer aufrichtigeren (!) Auffassung seiner Verpflichtungen führen zu können.

Paris, 24. April. Sauerwein berichtet im „Matin" aus Hythe: Die Verhandlungen müßten drei Phasen durchmachen: 1. Einverständnis mit Belgien und Italien. 2. Vollständige Kenntnis der Politik, die die Vereinigten Staaten verfolgen wollen, 3. Aufmerksame Prüfung der deutschen Gesamtvorschläge. — Pertinax sagt im „Echo de Paris", die erste Frage Lloyd Georges nach seiner gestrigen Ankunft in Hythe sei gewesen, ob der Entschluß Briands hinsichtlich der Besetzung des Ruhrgebiets so fest sei, wie man nach seinen Reden vermuten könne. Pertinax meint, Briand müsse fest bleiben, denn beim geringsten Schwanken werde Lloyd George einen Schritt zurückweichen. — Charles Saglio stellt im „Oeuvre" fest, daß die Aufgabe Briands, die schon durch die Haltung der Vereinigten Staaten sehr schwierig sei, noch viel peinlicher werde durch den Wunsch Lloyd Georges, die Reparationsfrage mit der oberschlesischen Frage zu verbinden. England wünsche nicht, daß die schlesischen Kohlengruben Deutschland weggenommen werden (!). Lloyd George verheimliche diesen Wunsch nicht, denn die Entziehung Oberschlesiens vermindere Deutschlands Produktionskraft zum Nachteil der Entente. Uebrigens seien die Polen nach Lloyd Georges Ansicht unfähig, die Reichtümer dieses Gebiets auszubeuten. Sie hätten ja selbst zugestanden, daß sie keine Fachleute besäßen.

Protest der englischen Arbeiter gegen die Besetzung des Ruhrgebiets.

In dem von dem parlamentarischen Ausschuß des Gewerkschaftskongresses und dem Vollzugsausschuß der Arbeiterpartei veröffentlichten, unter anderem auch von Henderson unterzeichneten Manifest, betr. die Besetzung des Ruhrgebiets, heißt es:

Eine neue Invasion in Deutschland und die Besetzung des Ruhrgebietes sind moralisch und politisch zu verwerfen und werden einen Verrat an der eigenen industriellen Wohlfahrt Großbritanniens auch bedeuten. Selbst wenn bewiesen würde, daß Deutschland wohl fähig, aber nicht gewillt sei, seinen Teil an der Reparation zu leisten, würden die vorgeschlagenen Zwangsmittel das Elend der Arbeiterklasse vermehren, die wirtschaftliche Wiederherstellung verzögern und die eigenen industriellen Schwierigkeiten im Inland verschärfen. Die organisierte Arbeiterschaft nicht nur in England und den alliierten Ländern, sondern sogar in Deutschland bestrebe darauf, daß die verwüsteten Gebiete Frankreichs vollständig und sofort wieder hergestellt werden. Eingehende Angebote, diese Schäden mit deutscher Arbeit und deutschen Mitteln wieder gut zu machen, seien verschiedentlich erfolgt. Bevor nicht bewiesen sei, daß die Verantwortung für den Mißerfolg dieser Angebote Deutschland zufalle, könne man nicht der Ansicht sein, daß Deutschland zum Teil seine Verpflichtungen nicht erfüllt habe. Der Vorschlag, das Ruhrgebiet zu verwalten und auszubeuten, eine Bevölkerung von vier Millionen unter fremde Militärherrschaft zu bringen und die Bergarbeiter dieses Gebietes sozusagen Zwangsarbeit leisten zu lassen, sei ebenso unzweckmäßig als gefährlich. Früher oder später werde sogar eine entwaffnete Nation gegen eine solche Behandlung revoltieren. Die Folge davon werde unfehlbar auf die eigenen Interessen Englands zurückfallen, das bereits mit Arbeitslosigkeit für die Ruinen bezahle, die der Krieg, die Blockade und der Unterdrückungsfriede dem Kontinent zugefügt habe. Wenn diese Schäden durch die Besetzung des Hauptkohlengebietes Deutschlands vervielfältigt würden, so könne die augenblickliche Arbeitslosigkeit in England dauernd und unheilbar werden. Die Erhebung des Spa-Tributs von zwei Millionen Tonnen Kohlen monatlich aus dem Ruhrgebiet für Frankreich und Belgien habe die englische Kohlenausfuhr nach Frankreich stillgelegt. Sie sei also die tatsächliche Ursache der Krisen und Konflikte im englischen Kohlenhandel. Wenn Frankreich die gesamte weitere Kohlenförderung des Ruhrgebiets kontrolliere, so sei es klar, daß jede Hoffnung auf Wiederherstellung des englischen Ausfuhrhandels schwinden werde.

Herrenalb.

Im Auftrag wird am **Donnerstag, den 28. ds. Mts., vormittags 9 Uhr,**

1 Pferd

(Schimmel-Wallach, ca. 8jährig), öffentlich gegen Barzahlung versteigert.

Zusammenkunft beim **Gasthof zum Kühlen Brunnen.**

Herrenalb, den 23. April 1921.

Gerichtsvollzieher Ecker.

Wenn

man etwas verkauft, vermietet oder verpachtet oder etwas sucht, so bringt man eine Anzeige im

∴ „Enztäler" ∴

Die große Verbreitung in allen Bevölkerungsschichten sichert Erfolg.

Bei Anfragen um Auskunft von der Geschäftsstelle ds. Blattes ist stets das Porto für Rückantwort oder für Weiterbeförderung der Angebote usw. beizufügen.

Kücken

habe ich laufend zu verkaufen. Preis 1. Tag 10 ℳ jeder weitere Tag 30 ₰ mehr.

Wilh. Dürrler, Brutanstalt, **Pforzheim,**
Bohrainstr. 8, Eingang Kaiserfriedrichstraße 99.

Ständiges Inserieren führt zum Erfolg.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Brennstoff (Kohlen) Ordnung des Bezirks

für das Wirtschaftsjahr 1921/22.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlen-Verteilung vom 30. Dezember 1920 und der Verfügung des Arbeitsministeriums vom 15. März 1921 — Staatsanzeiger Nr. 64 — wird Folgendes bestimmt:

I. Allgemeines.

1) Kohlen im Sinne dieser Ordnung sind: Steinkohlen, Anthrazit, Steinkohlenbriketts aller Art und Koks jeder Art.
2) Die Regelung umfaßt im Bezirk **alle Verbraucher** einschließlich Anstalten, Behörden, Schulen der Landwirtschaftsbetriebe und derjenigen Gewerbebetriebe, die monatlich weniger als 200 Zentner brauchen (Hausbrand).
3) Die Oberverteilung der dem Bezirk zukommenden Brennstoffe (ausgenommen diejenigen für 10 Tonnenbetriebe) erfolgt durch die Geschäftsstelle des Kommunalverbands, welche bei wichtigen Fragen Vertreter der Verbraucher, des Handels und der Verwaltung zuziehen wird.
4) Die Belieferung mit Kohlen findet statt auf Grund der vom Reichskommissar ausgegebenen Hausbrandbezugsscheine, die von der Geschäftsstelle nach Verhältnis des angemeldeten Bedarfs für das Wirtschaftsjahr 1921/22 auf die Bezirksgemeinden verteilt werden.
5) Die auf die Gemeinden entfallenden Bezugsscheine werden anteilsmäßig auf die Händler und Selbstbezieher einer Gemeinde verteilt.

   Bezieher, Lieferer und Vorlieferer haben beim Empfang von Hausbrandbezugsscheinen auf der Rückseite derselben **ihren Namen** und das Datum des Bezugsscheinempfangs zu verzeichnen.
6) Die Händler und Selbstbezieher haben sich in Bezug auf die Abgabe von Brennstoffen an Verbraucher an die Weisungen der Ortsvorsteher zu halten und genaue Aufzeichnungen über die Abgaben zu machen, die auf Verlangen dem Ortsvorsteher vorzulegen sind.

   Als Händler im Sinne dieser Vorschriften gelten auch Verbraucher-Vereinigungen, die sich mit dem Vertrieb von Brennstoffen befassen (landwirtschaftl. Genossenschaften, Konsumvereine usw.).
7) Wer Brennstoffe in den Bezirk einführt, ist verpflichtet, von jedem Eingang eines Waggons sofort **dem Ortsvorsteher und dem Kommunalverband** unter Angabe der Menge, Art und Herkunft der Brennstoffe Anzeige zu erstatten.

   Mit dem Ausladen der Brennstoffe darf erst begonnen werden, wenn der Ortsvorsteher die erforderlichen Weisungen in Absicht auf die Unterverteilung der Brennstoffe erteilt hat.

II. Belieferung.

1) Die Ortsvorsteher regeln die Verteilung der eingehenden Brennstoffe an die Verbraucher. Zur Sicherung einer geordneten Verteilung sind genaue Nachweise mittelst einer Haushaltungsliste zu führen und Bezugs-Ausweise auszugeben.

   Jedem Verbraucher wird zunächst ein Teil der ihm zugebilligten Menge geliefert. Die Kohlenhändler dürfen also weitere Lieferungen erst dann vornehmen, wenn alle Verbraucher den ihnen zunächst zugewiesenen Anteil erhalten haben.
2) Die Geschäftsstelle des Kommunalverbands hat die Verteilung der Brennstoffe durch die Kohlenhändler zu überwachen. Sie kann anordnen, daß die Kohlenhändler bei ihnen lagernde oder für sie eingehende Hausbrandkohlen zur Verfügung des Kommunalverbands halten, an von ihm bestimmte Personen oder Stellen überlassen und zur Uebergabe erforderliche Handlungen vornehmen.

   Infolge der Kohlenlieferungen an die Entente werden die besseren Kohlensorten nur in geringen Mengen geliefert werden können.

III. Groß- und Kleinhandels-Richtpreise.

1) Die Brennstoff-Verkaufspreise (im Großen) für die in Württemberg hauptsächlich in Betracht kommenden Liefergebiete werden durch den Reichskohlenverband bestimmt.
2) Bezüglich der Kleinhandelspreise gelten die vom Landesbrennstoffamt aufgestellten Richtlinien.

   Die Gemeinden haben die Einhaltung der Richtpreise zu überwachen.

Neuenbürg, den 22. April 1921.

Kommunalverband:
Wagner.

Freiwillige Feuerwehr Neuenbürg.

Uebung

des ganzen Korps

am **Samstag, den 30. April, abends 6 Uhr.**

Präzises Erscheinen wird erwartet, nur dringliche Gründe werden als Entschuldigung angenommen. Wer mehr als die Hälfte der Uebungen fehlt, kann aus dem Korps ausgeschlossen werden.

Das Kommando.

Bei Kropf u. dickem Hals ist **Alelin** das einzige, völlig ungiftige, dabei wirksamste Mittel. Auch für Kinder. Aerztlich erprobt. In Apotheken erhältlich. Auskunft durch Apotheker **R. Deibele, chem. Laboratorium, Schwäb. Gmünd.**

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

Im **Genossenschaftsregister**, Band II, Blatt 157, ist am 7. April 1921 unter der Nr. 1 eingetragen worden:

Konsum- und Sparverein Neuenbürg a. d. Enz und Umgebung, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, in **Neuenbürg**.

Das Statut ist am 11. Januar 1921 beschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist die gemeinschaftliche Beschaffung von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen im Großen und Ablaß im Kleinen gegen Barzahlung an die Mitglieder. Zur Förderung des Unternehmens kann auch die Bearbeitung und Herstellung von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen in eigenen Betrieben, Annahme von Spareinlagen und Herstellung von Wohnungen erfolgen. Auch können für die Genossen Rabattverträge mit Gewerbetreibenden geschlossen werden.

Alle vom Genossenschaftsgesetz vorgeschriebenen Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter ihrer Firma mit Unterzeichnung mindestens zweier Vorstandsmitglieder. Die Bekanntmachungen sind im Verbandsorgan „Der Genossenschafter" und im „Enztäler" zu veröffentlichen. Sollte die Veröffentlichung in einem statutarisch dazu bestimmten Blatt unmöglich werden, so erfolgt sie nur in dem etwa sonst noch statutarisch bestimmten Blatt. Sollte die Veröffentlichung in keinem dieser Blätter möglich sein, so tritt der „Staatsanzeiger für Württemberg" so lange an deren Stelle, bis durch statutenändernden Beschluß der Generalversammlung andere Blätter bestimmt sind.

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. Oktober und endigt am 30. September. Das erste Geschäftsjahr beginnt sofort nach Eintragung der Genossenschaft in das Genossenschaftsregister und endet am 30. September 1921. Die Haftsumme beträgt 200 ℳ. Jeder Genosse kann bis zu 10 Geschäftsanteile erwerben.

Vorstandsmitglieder sind:
Steuerinspektor **Gustav Frey**,
Kaufmann **Wilhelm Binder**,
Krankenkassenbeamter **Rudolf Hartmann**,
alle in **Neuenbürg**.

Willenserklärungen für die Genossenschaft müssen durch mindestens 2 Vorstandsmitglieder erfolgen.

Zeichnungen erfolgen in der Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift hinzufügen.

Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden des Gerichts jedem gestattet.

Den 20. April 1921. Oberamtsrichter Brauer.

Württbg. Waldbesitzerverband.

Forchenstammholz-Verkauf

am 29. April 1921

aus den Waldungen der Gemeinde **Calmbach**.

Insges. 276 Forchen mit 451,45 Fm.

	I	II	III	IV	V	Klasse
Langholz	121,34	221,23	81,40	4,36	1,67	Fm.
Sägholz	8,60	11,06	1,79	Fm.		

Entfernung zur Bahn 2—4 Km. Abfuhr sehr günstig. Als Verkaufsbedingungen gelten die staatlichen. Zahlungsbedingungen: Barzahlung innerhalb 4 Wochen ohne Abzug.

Schriftliche Angebote in Prozenten der Forstpreise 21 **bis spätestens 29. April, nachm. 4 Uhr**, an die Geschäftsstelle des **Württ. Waldbesitzerverbands, Stuttgart**, Neckarstraße 40 (Fernruf 6699), von der Losverzeichnisse erhältlich sind.

Calmbach, 24. April 1921.

Todes-Anzeige.

Tieferschüttert geben wir die schmerzliche Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser guter Vater, Sohn, Bruder, Schwiegersohn, Schwager, Neffe und Onkel

Eugen Barth,

Holzmeister,

im Alter von 30 Jahren heute früh 3 Uhr nach kurzem, schweren Leiden entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten
die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Dienstag nachmittag 3 Uhr.

Bringe am **Dienstag vormittag von 10 Uhr ab** auf der **Wilhelmshöhe Neuenbürg** einen **größeren Transport nur erstklassiger**

Oberländer

Milch- und Läuferschweine

zum Verkauf und lade Liebhaber freundlichst ein.

Ernst Buchter, Arnbach.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Sitzung d. Gemeinderats

am Dienstag, den 26. April, abends 6 Uhr.

Tagesordnung:
1) Armensachen,
2) Realschule,
3) Baugesuche,
4) Sonstiges.

Stadtschultheiß **Knodel.**

Stadtpflege Neuenbürg.

Am **Mittwoch, den 27. ds. Mts.**, von nachm. 5 Uhr ab, kommen beim Armenhaus in

öffentl. Versteigerung

zum Verkauf:

5 vollständige Betten. Außerdem: **7 Oberbettziechen, 7 Leintücher, acht Halbfelziechen, 7 Kissenziechen, 2 kleinere Küchenschränke, 1 Kleiderschrank, 1 Tisch und acht Stühle.**

Besichtigung Montag abend zwischen 5 und 6 Uhr möglich. Meldung bei Frau Seeger.

Stadtpfleger **Essich.**

Forstamt Herrenalb.

Laub- und Nadelstammholzverkauf

am **Donnerstag, 28. April ds. Js.**, vorm. 9 Uhr, in Herrenalb auf der Forstamtskanzlei aus Staatswald Kreuzrain, Mannenbuckel, Winterhalde, Reyschacherberg, Schöttlesacker, Flachsteich, Ruhteich, Oberer Maienberg, Muttertal, Neusatzerheide und Wurstberg:

77 Eichen mit 4 Fm. II. Kl., 3 III., 2 IV., 5 V., 7 VI. Kl.
2 Birken 0,85 V. Kl. 1 Buche 0,5 III. Kl.

Ferner bestelltes Nadelholzstammholz aus Flachsteich, Lonkewischenwäldle, Vogelwies und Hint. Bächhälde:

21 Stück Langholz mit Fm.: 3 III., 1 IV., 4 V. und 0,22 VI. Kl. 11 St. Sägholz mit Fm.: 1 II. und 1 III. Kl.

Wo?

wäre einem 17jähr. **Mädchen** in gutem Hause

angenehme Stelle

geboten?

Angebote sind zu richten an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

! Gegen bar oder Teilzahlung !

Vollständiges **lackiertes Schlafzimmer**, sowie einiges andere zu verkaufen.

An- und Verkaufsgeschäft Schöttle,
Dillsteinerstraße 18,
Pforzheim, Telefon 2165

Ia. Oelkuchenmehl

per Ztr. Mk. 110.—
mit Sack ab hier liefert in 75 kg Säcken

Otto Jung, Calw,
Telefon 80.

Oberniebelsbach.

Neuen, kräftigen

Anzug

hat billig zu verkaufen

Karl Krout

Emser Pastillen
gegen Heiserkeit, Husten usw.
Warnung vor Nachahmungen.

Neuenbürg.

Mohnöl und Repsöl

zum billigsten Tagespreis

E. Mann, Oelmühle.

Ein paar **Spannschlitten** für einen elektrischen Motor 2—6 PS, verkauft

der Obige.

Gebrauchter

Kassenschrank

welcher neu ℳ 4000 kostet, wegen Umzug für ℳ 2000 abzugeben, ferner großer

Stehpult

Anfragen erbeten an „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Schömberg.

Für alle vorkommenden Arbeiten suchen wir zum sofortigen Eintritt einen fleißigen

jungen Mann

Offerten bei freier Kost und Wohnung an

Kinderheim Schömberg.

Suche für sofort oder 1. Mai ein fleißiges, ehrliches

Mädchen

für Küche und Haushalt, das auch melken kann. Hoher Lohn und gute Verpflegung zugesichert.

Zu erfragen in der Enztälergeschäftsstelle.

Schwarzenberg
OA. Neuenbürg.

Zu verkaufen:

eine Nutzkuh oder ein Kind.

Karl S. ch.

Birkenfeld

Zwei schwerere

Läufer-Schweine

darunter eins zur Zucht geeignet, hat zu verkaufen

Albert Brenner,
Hauptstr. 22.

Bei **Durchfall der Tiere** hat sich beste s bewährt Tierzuchtinspektor **Dr. Flads**

Durchfallpulver.

Preis pro Karton Mk. 8.5 bei 5 Packungen franko.

Zu beziehen durch die **Hofapotheke Hechingen** Hohenzollern.

Visiten-Karten

liefert rasch und billig

Ch. Meeh'sche Buchdruckerei

Neuenbürg.

Habe **morgen Dienstag von 9 Uhr ab** vor meinem Hause **(Gasthaus zur „Traube")** einen Transport sehr schöne, mittlere und starke

Oberländ. Läuferschweine,

die ich auf dem Markt aufkaufte. Kaufliebhaber sind freundlichst eingeladen.

Karl Scholl, Schweinehändler,
Telefon 117.

Für **Viehhalter** empfehle ich vorzügliches

Futtermehl, Zentner 130 Mark.

Bezugspreis: Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 13.75. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr sowie im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 13.80 m. Postbestellgeld.

Bei Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

№ 94

Staatspräsident D

Die bedeutsame Rede, präsident Dr. Hieber im ischen Fragen gehalten h ngsberichts nicht im voller nagen daher im Folgenden

Württem

Wir in Württemberg pflichtung, in dieser Angel nicht falsche Meinungen üb bei unseren Nachbarländ würden in einem solchen und wirtschaftlichen Forts allen irgendwie egoistischen embergischen Absichten und

Ach

Zur Frage der Erwerb ngs möchte ich bemerken, Wochen anläßlich des Ein ferium ausgiebige Debatte gierung an die Beschlüsse g haus gefaßt hat. Es ist Frankreich ein Gesetz über vorgelegt worden ist. Es dieser Gedanke mit einer marschiert, weil er die gro Damit ist durchaus nicht ge formal, schematisch überall sollte.

Verkehrswehr

Unsere württembergisch haben in Mitteldeutschla Dienste geleistet, für die ist. Dieser Dank ist auch in lebhafter Weise zum A

Wir haben in Württ mit eigenen Waffen, sond unter der Obhut der Regie der Regierung zur Verfügu nisation auf diesem Gebie Regierung zum Schutz von fügung stünde.

Frieden von Ve

Der Schmerz über De Frieden von Versailles un gemeinsam und einheitlich die Zusammenhänge, die w gegenwart geführt haben. die Wege, die wir beim Ve haben. Die Ereignisse der einer solch furchtbar erschü uns, daß es noch nicht mögl gegenüber einzunehmen, u wird. Was wir am nötigst Blick auf die Tatsachen un brauchen, ist der ernste, n sich unter diese Tatsachen z so unangenehm sind.

Es muß unserem Volke in den Händen von Feind Rechte aus dem deutschen unser deutsches Volk zu ein im Dienst fremder Interess der Erkenntnis allein kann einen selbständigen Staat u Ausbeutung und Willkür u werden wir lange brauche Illusion hingeben. Aber d Staat uns wieder zu schaff daß wir nicht gewillt sind, werden. Das ist der Appell wir von der Rechten bis einig sein sollten.

Wir sind im Vertrag ein Schuldbekenntnis zu u Hauptteil des Vertrages b daß ein durch Waffengewa möglich eine dauernde Nor Völker untereinander oder Urteilen untereinander, d der Aufklärung über die der Jahre, vielleicht Jahrz Ohne die Geneigtheit, a Wahrheit festzustellen, auch Mitschuld bekennen zu müss wir auf diesem Gebiet nicht

Die Stell

Wir haben unseren St richten begonnen auf und in der Form der parla hat sich vor allem die Kriti Ich erkenne gern die freun an, welche der Herr Abg. S vorgeschlagen hat, und ich m dem Einfluß auf die seine